

Momentum: Demokratie – Entscheidungsprozesse - Neoliberalismus

Von Wolfgang Plaimer und Jürgen Nordmann

Neoliberale Regierungen sehen in der aktuellen liberalen Demokratie ihre Hauptaufgabe darin, die Marktwirtschaft zu befördern. In Krisenzeiten treten sie als Krisenmanager auf. Wie an den politischen und publizistischen Reaktionen auf Einstufungen von Ratingagenturen zu sehen ist, liegt die Hauptaufgabe der demokratischen Regierungen darin, ein Klima zu schaffen, dass in Boomzeiten die Gewinne der Börsen und Finanzmärkte maximiert und in Krisenzeiten die Verluste reduziert. Der Staat in der liberalen Demokratie sieht in dieser Perspektive sein vordringliches Ziel darin, über die Finanzmärkte seine Zahlungsfähigkeit sicher zu stellen. Ob über den Schuldendienst und der Subvention der Marktwirtschaft hinaus Mittel zur Verfügung stehen, die dem demokratischen Souverän - dem Bürger, der als Steuerzahler auch in ökonomischer Hinsicht Gegenleistungen erwarten kann - zukommen, ist dabei eine Frage, die nur unter dem Vorbehalt gestellt werden darf, dass das privilegierte neoliberal-kapitalistische Wirtschaftssystem nicht angetastet wird.

Aber in der Demokratie ist eine Instrumentalisierung des politischen Apparats für ein privilegiertes Wirtschaftssystem nur legitim, wenn alle Bürger, also auch Einkommensempfänger oder Transfergeldabhängige, von dem privilegierten Wirtschaftssystem mehr profitieren als es in einem alternativen Wirtschaftssystem der Fall wäre. Eine Demokratie ist darauf angewiesen, zum Wohle aller zu entscheiden und alle an dem Entscheidungsprozess zumindest indirekt zu beteiligen, weil sie sich auf das Prinzip der Volksherrschaft beruft. Ein ausgrenzendes Wirtschaftssystem ist kaum demokratisch zu legitimieren. Soziale Exklusion und politische Ausgrenzung sind in der Demokratie schwer zu trennen (Bude 2008, S. 9ff, Taylor 2001).

In der Krise berufen sich die demokratischen Regierungen auf eine Art Ausnahmezustand. Wer setzt nun in einer Demokratie fest, welche Frage Priorität hat, und wer bestimmt, was ein Ausnahmezustand ist (Schmitt 1934), der es, wie zur Bankenrettung geschehen, erlaubt, demokratische Verfahren zu verwässern oder außer Kraft zu setzen und die Steuergelder respektive das Volksvermögen für das

Überleben einiger Funktionseleiten zu verpfänden. Wer trifft solche Entscheidungen und wie werden sie legitimiert?

Allgemein wird konstatiert, dass es einen Wechsel in der Regierungstätigkeit nach der neoliberalen Wende gegeben habe. Paradigmatisch für die politikwissenschaftliche Kritik an der neoliberalen Demokratiepraxis ist der von Colin Crouch 2003 in die Debatte eingeführte Begriff der ‚Postdemokratie‘ geworden. ‚Postdemokratie‘ besagt schon im Wort, dass allenfalls eine Hülle dessen übrig ist, was einst Demokratie ausgemacht hat. Experten und Pressure Groups dominieren laut Crouch die Politik und die demokratischen Institutionen (Crouch 2003). Der Befund lässt sich an verschiedenen Phänomenen in den Feldern Politik, Wissenschaft und Medien (Crouch hat das Italien Berlusconis zum symbolischen Beispiel gewählt) durchdeklinieren. Das Ergebnis ist immer wieder das Gleiche. Über allem steht die „Macht der Wirtschaftseliten“ (Crouch 2003, S. 22):

„Bei diesem Konzept der Demokratie stehen folgende Aspekte im Vordergrund: die Wahlbeteiligung als wichtigster Modus der Partizipation, große Spielräume für Lobbyisten – wobei darunter vor allem die Lobbys der Wirtschaft verstanden werden – und eine Form der Politik, die auf Interventionen in die kapitalistische Ökonomie möglichst weitgehend verzichtet. Für die wirkliche, umfassende Beteiligung der Bürger und die Rolle von Organisationen außerhalb des Wirtschaftssektors interessieren sich die Befürworter dieses Modells allenfalls am Rande. ... Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (Crouch 2003, S.10). Tony Judt fasst es prägnant zusammen: Wir sind zwar heute alle Demokraten, aber: „Die demokratischen Institutionen sind degeneriert, vor allem durch die Macht des Geldes, und die Sprache der Politiker ist hohl und nichtssagend.“ (Judt, S. 116, S. 132)

Das Problem des Begriffs ‚Postdemokratie‘ liegt weniger auf der Ebene des objektivierbaren Befundes, dass demokratische Institutionen derzeit kaum geeignet sind, demokratische Mitbestimmung zu garantieren. Unabhängig von ökonomischen Pressure Groups Entscheidungen zu fällen, scheint tatsächlich keine Option der in westlichen Demokratien vorherrschenden Machtsysteme zu sein (Taylor 2001, Meyer 2009). Problematisch sind eher zwei Grundannahmen, die in der These, der Markt höhle die Politik respektive die Demokratie aus, enthalten sind, aber nicht

thematisiert werden. Zum einen basiert Crouch's Befund auf der Annahme, einem vor-neoliberalen, vor-postdemokratischen Zeitalter, konkret also einer New Deal-Zeit bis 1950 und einer sozialdemokratischen Nachkriegszeit bis 1979 (Judt 2006, Hobsbawm 1994), könnten genau die demokratischen Eigenschaften zugesprochen werden, die nunmehr schmerzlich vermisst werden:

„Meinem idealtypischen Modell der Demokratie am nächsten kommen Gesellschaften vermutlich in den ersten Jahren nach ihrer Einführung oder nach tiefen politischen Krisen, Zeiten, in denen der Enthusiasmus für dieses politische System weitverbreitet ist; in denen sich gewöhnliche Menschen in vielen Gruppen und Organisationen an der Gestaltung einer politischen Agenda beteiligen, die wirklich ihren Interessen entspricht; in Phasen, in denen jene mächtigen Interessengruppen, die in undemokratischen Gesellschaften das Geschehen bestimmen, auf dem falschen Fuß erwischt und in die Defensive gedrängt werden; und in Zeiten, in denen sich das politische System noch nicht richtig auf die neuen Forderungen eingestellt hat und nicht weiß, wie man diese manipulieren kann. ... In Nordamerika und in den meisten Staaten Westeuropas erlebten wir diesen Augenblick der Demokratie ungefähr in der Mitte des 20. Jahrhunderts; kurz vor dem zweiten Weltkrieg in Nordamerika und Skandinavien; kurz danach in einer Reihe weiterer Länder.“ (Crouch 2003, S. 14)

Crouch ist bereits vorsichtig und diagnostiziert historisch nur einen „Augenblick der Demokratie“. Er begründet ihn mit Zäsuren wie der Weltwirtschaftskrise und vor allem dem großen Krieg. Aber obwohl Crouch betont, dass wir uns damit abzufinden hätten, „dass die wahrhaft demokratischen Phasen begrenzt sind“ (Crouch 2003, S. 20), macht er sein positives Demokratiebild eben doch an der gar nicht auf den Augenblick beschränkten Epoche des Wohlfahrtsstaates fest, indem er Demokratie an dem „kreativen Kompromiß zwischen einem vitalen Kapitalismus und wohlhabenden Eliten sowie egalitaristischen Werten, starken Gewerkschaften“ und speziell bezogen auf die Vereinigten Staaten an den Maßnahmen des New Deal festmacht (Crouch 2003, S. 19). Im Wohlfahrtsstaat habe zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus die Überzeugung vorgeherrscht, die Ökonomie laufe nur gut, wenn es der Masse der abhängig Beschäftigten gut gehe (Crouch 2003, S.15). Auf die Argumente werden wir zurückkommen müssen, wenn wir diskutieren, was den „Augenblick der Demokratie“ in der liberalen Theorie und der Praxis der

repräsentativen Demokratie ausmachen könnte, und aus welchen Gründen liberal-kapitalistische Systeme ausschließen, dass tatsächliche Demokratie eine sich verstetigende Dauerveranstaltung werden kann? Zum Argument des wirtschaftlichen Erfolges und des Steigens des allgemeinen Wohlstands als demokratisierendes Element muss bereits hier kritisch angemerkt werden, dass zuweilen auch Neoliberale wirtschaftlichen Erfolg nicht nur als Folge der Freiheit sondern als Voraussetzung für politische Freiheit beurteilen (Miegel 2011).

Neoliberale gehen davon aus, dass es sich bei der Nachkriegsdemokratie im Kern um eine eingeschränkte Demokratie handelt, in der letztlich Eliten regieren. Die neoliberale Aneignungsstrategie der Demokratie (Lippmann 1922, Hayek 1947) basiert auf der Einsicht, dass in den repräsentativen Demokratien des Westens – vor allem in Großbritannien und den Vereinigten Staaten – mitnichten eine Demokratie herrscht, in der Alle zu gleichen Teilen mitbestimmen. Vielmehr herrschen Eliten – politische und wirtschaftliche Eliten -, die es für neoliberale Ideen zu gewinnen gilt (Hayek 1947). Inwieweit es dann den überzeugten, an den Hebeln der Macht sitzenden Eliten gelingt, die neue Politik innerhalb der Volksherrschaft zu verankern und demokratisch zu legitimieren, ist ein nachgeordnetes Problem, das mit der Entscheidung für ein liberales Programm kaum etwas zu tun hat. Das Verankern des Neoliberalismus in der Demokratie erfordert Maßnahmen, die Crouch als das Ende oder den Untergang der herkömmlichen Demokratie beschreibt. Es differenziert sich ein Machtsystem aus, das die Transformation von Macht innerhalb der repräsentativen Demokratie neu regelt, ohne die formalen Regeln der repräsentativen Demokratie grundlegend zu verletzen.

Die Aneignung des demokratischen Systems funktioniert nach Crouch im neoliberalen Zeitalter über die Externalisierung von Entscheidungszentren. In diesen Entscheidungszentren verfügen Pressure Groups, Besitzeliten und Eliten über einen hohen Einfluss, wobei im Neoliberalismus zwischen Lobbyisten und Interessengruppen, die versuchen die Gesetzgebung und das Handeln der Regierung zu beeinflussen und solchen, die die Politik links liegen lassen (auch weil der Staat nicht interveniert) unterschieden werden sollten (Crouch 2003, S. 25). Die externalisierten Entscheidungszentren verfügen über einen höheren Entscheidungsspielraum, in dem weniger rechtsstaatliche oder rechtspositivistische Kriterien gelten, sondern Decisionismus als theoretische Grundlage vorherrscht

(Schmitt 1934, Mehring 2010). Im Gegensatz zum demokratischen Modell sieht das postdemokratische Modell viel weniger Regeln vor, wie Macht ausgeübt und Einfluss auf Regierungen genommen werden kann (Crouch 2003, S. 27). Der Entscheidungsspielraum der demokratischen Institutionen und die Entscheidungen, die das Volk oder der Demos treffen kann, werden demgemäß spiegelbildlich eingeschränkt. Die Volksherrschaft hat dann nicht nach vorn über Alternativen zu entscheiden, sondern erschöpft sich darin, vorgefertigte Entscheidungen alternativlos in den faktisch von den Eliten usurpierten demokratischen Institutionen abzusegnen. Zur Vorfertigung von Gesetzen und zur Beratung für politische Richtungsentscheidungen in externalisierten Entscheidungszentren werden nichtstaatliche Organisationen und Elitegruppen sowie parteiische Think-Tanks herangezogen (Mirowski/Plehwe 2009, S. 9ff). Selbst die demokratischen Institutionen orientieren sich in der ‚Postdemokratie‘ an dem Vorbild des Unternehmens. Effektivität und Gewinn sowie Kostenersparnis haben die Prioritäten Nutzen für die Bürger und demokratische Partizipation verdrängt. Durch die Privatisierung der profitablen Bereiche des Gemeineigentums bleiben dem postdemokratischen Staat ohnehin nur belastende Aufgaben, die keine private Firma übernehmen will. Demokratische Institutionen haben allenfalls über die Verteilung der Lasten nicht aber über den Nutzen der Institutionen zu entscheiden.

Die Externalisierung von Entscheidungszentren ist kein neues Phänomen. Auch in demokratischen Staaten des 18., 19. und frühen 20. Jahrhundert fielen existentielle politische Entscheidungen – wie zum Beispiel über Krieg und Frieden – nicht in den Parlamenten, sondern in kleinen, vorgelagerten Gremien und Kreisen, die ihre Entscheidungen dann dem Parlament zur Diskussion und Abstimmung vorlegten. Das Volk oder die Volksvertreter haben also in der repräsentativen Massendemokratie mehr ein Vetorecht. Aktive Entscheidungen treffen sie nur in Ausnahmefällen. Die Volksherrschaft ist der passive Hintergrund, die die aktiven, externalisierten Entscheidungszentren auch in der Postdemokratie zu beachten haben. Somit bezeichnet das von Crouch diagnostizierte Phänomen der ‚Postdemokratie‘ auch nichts weiter als eine erneute Auflage des schon von Aristoteles beschriebenen stetigen Übergangs von der Demokratie zur Oligarchie (Aristoteles 1971).

Nur wenn sie durch die Volksherrschaft legitimiert sind, können Eliten oder Experten in einer Demokratie behaupten, für den Demos, das heißt für Alle, zu sprechen. Das hebt Crouch hervor, wenn er anmerkt, dass zwar amerikanische Autoren in der Reagan-Zeit ein Konzept der Demokratie vertreten hätten, dass durch die begrenzte Macht der Regierung inmitten einer unbeschränkten kapitalistischen Ökonomie gekennzeichnet gewesen sei, aber auch in diesem „Dom der Freiheit“ (Walpen) die Administrationen nicht umhin kamen, die letzte wahrhaft demokratische Komponente der allgemeinen Wahlen unangetastet zu lassen (Crouch 2003, S.20). Die ‚Postdemokratie‘ kann in der Demokratie auf ein Mindestmaß demokratischer Legitimation nicht verzichten. Ziel der neoliberal eingeschränkten Demokratie – nennen wir sie präziser oligarchische Demokratie - ist naturgemäß nicht, dass jeder seine Stimme für jede Entscheidung erheben kann, sondern die kollektive Bestätigung der ungleichen Machtverhältnisse oder, wenn man so will, die Bestätigung der herrschenden Eliten als die wahren Repräsentanten der Volksherrschaft. In diesem Sinn ist Vilem Flussers polemische Einschätzung, bei der gegenwärtigen Form der Demokratie hätten Wahlen allenfalls die Funktion eines Feedbacks, zu verstehen (Flusser 2008, S. 39). Wahlen haben in der oligarchischen Demokratie keine aktive Entscheidungsfunktion; sie bestätigen oder missbilligen passiv herrschende Verhältnisse. Selbst der Austausch des politischen Personals ist in einem solchen System nicht von großer Bedeutung, so lang die ‚politische Klasse‘ nicht in Konkurrenz zu anderen Elitegruppen tritt und für ein neues Transformationsverhältnis der Macht zwischen Eliten und Nichteliten eintritt. „Jedesmal, wenn wir einen Fehler oder ein Missgeschick bereits dann als behoben betrachten, wenn ein unglückseliger Minister oder Beamter zurücktreten muss, machen wir uns paradoxerweise mit einem Modell gemein, in dem die Politik allein als das Geschäft kleiner Gruppen elitärer Entscheidungsträger gilt“ (Crouch S. 23).

Folgende Fragen sind bei der Erforschung des Verhältnisses von neoliberaler Regierungstechnik und demokratischer Legitimation zu beachten:

Wie haben sich die demokratischen Verfahren unter neoliberalen Regierungen verändert? Wer hat Einfluss auf die Verfahren, und wie werden sie legitimiert?

Wie werden Beratungs- und Expertengremien besetzt? Kommen die Experten aus dem Kreis der Parteien oder haben Organisationen der Besitzeliten, zum Beispiel Unternehmerverbände und Think-Tanks, unter neoliberalen Regierungen

bevorzugten Zugang zu Beratungsgremien? Sind die Beratungsgremien eher an die Ministerien oder das Parlament angegliedert, d. h. übernehmen die neoliberalen Regierungen schleichend die Gesetzgebung, und degradieren das Parlament (Missbrauch des Initiativrechts)?

Welchen Einfluss hat ideologischer Lobbyismus? Hat sich der Lobbybereich ausgeweitet? Ist Lobbyismus akzeptierter Teil des Meinungsfindungs- und Entscheidungsprozesses? Ersetzt Lobbyismus den demokratischen Prozess der öffentlichen Meinungsbildung?

Welche Institutionen und Gremien, die am Entscheidungsprozess beteiligt sind, sind selbst einer demokratischen Kontrolle unterworfen, z. B. Think-Tanks, Unternehmerverbände, Pressure Groups, aber auch Parteien und Gewerkschaften? Wie viele oligarchische Subsysteme verträgt die repräsentative Demokratie?

Welche Bereiche unterliegen einer demokratischen Entscheidungsfindung, in der jeder Bürger gleichberechtigt seine Stimme erheben kann? (Zum Beispiel ist der gesamte Bereich Arbeit/Wirtschaft nicht nach Gleichheitsprinzipien und demokratisch organisiert. Neoliberale Regierungen haben die Hierarchien in der Wirtschaft gestärkt und die Arbeitnehmerrechte geschwächt. Deregulierte Bereiche werden straffen, undemokratischen Hierarchien unterworfen. Auch staatliche Institutionen respektive Bürokratien sind in den liberalen Demokratien nicht per se nach demokratischen Kriterien organisiert. Allein gilt der Satz, dass rechtsstaatliche Grundsätze nicht verletzt werden dürfen. Der Rechtsstaat ist allerdings passiv orientiert.)

Welche Themenfelder werden als politisch anerkannt und unterliegen einem demokratischen Verfahren?

Was ist aktiv demokratisch und was unterliegt allein dem Rechtsstaat? Welche Felder werden dem freien privaten Bereich und dem demokratisch zu regelnden öffentlichen Bereich zugeordnet?

An diese Fragen anschließend, richtet sich das konkrete Forschungsvorhaben zur Analyse der Entwicklung der politischen Entscheidungsprozesse im Gesetzgebungsverfahren in Österreich. Diese Arbeit soll die oben theoretisch ausgearbeitete Analyse und deren impliziten Thesen empirisch verifizieren oder falsifizieren. Ziel ist es, die Veränderungen der demokratischen Strukturen im Gesetzgebungsverfahren anhand ausgewählter Indikatoren zu analysieren und so Rückschlüsse auf ein eventuell vorhandenes „postdemokratisches Zeitalter“ (Crouch 2003) oder eine „Entpolitisierung“ (Mouffe 2011) festzustellen.

Ausgegangen wird von der Hypothese, dass es eine Veränderung der Entscheidungsabläufe im Gesetzgebungsprozess im Sinne einer inhaltlichen Aushöhlung, einer Veränderung der Akteurskonstellation und deren individuelle Einflussmöglichkeit sowie einer Veränderung der Entscheidungswege selbst gegeben hat. Der zeitliche Vergleichsrahmen, anhand dessen die empirische Analyse erfolgt, wird von den Überlegungen Colin Crouchs abgeleitet, dass dieser Unterschied im Zeitraum der Expansion des Wohlfahrtsstaates einerseits und der Politik nach der neoliberalen Wende am Beginn der 1980er Jahre, am deutlichsten sichtbar sein wird. Daraus erschließt sich für Österreich ein Vergleich der Zeiträume der Jahre sozialdemokratischer Alleinregierungen von Bruno Kreisky Anfang der 1970er Jahre sowie der aktuellen Koalitionsregierung von SPÖ und ÖVP seit dem Jahr 2007 (zuerst unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und anschließend, ab 2008, unter Bundeskanzler Werner Faymann). Diese beiden Zeiträume widerspiegeln, nach Crouch, grundsätzlich verschiedene, ideologische Ausrichtungen (Keynesianismus, Neoliberalismus) der einflussreichsten Akteure auf globaler als auch nationaler Ebene und korrelieren mit deren dementsprechenden politischen Zielvorstellungen. Zusätzlich sind diese beiden Zeiträume bzw. Regierungskonstellationen als ideal zu betrachten, weil in beiden ein sozialdemokratischer Bundeskanzler an der Spitze der jeweiligen Regierung steht und somit auch Rückschlüsse auf die veränderte realpolitische Ausrichtung der SPÖ gezogen werden können. Noch wichtiger ist, dass es auch Einschränkungen, welche auf parteipolitische motivierte Vorurteile zurückgehen, die bei einem Vergleich der SPÖ Alleinregierung mit der Zeit der ÖVP/FPÖ bzw. ÖVP/BZÖ Regierung, aufgetreten wären, ausgeschlossen sind. Daher sollte, nach Crouch, gerade in diesen beiden Zeiträumen eine eindeutige Tendenz in Richtung Postdemokratie am

klarsten, und vor allem auch über die Parteiideologien und Parteigrenzen hinweg, feststellbar sein.

Der theoretische Rahmen wird zusätzlich zu den Überlegungen von Colin Crouch auch die kritischen Analysen Chantal Mouffes (2007) beinhalten. Referenz- und Ausgangspunkt für die Analyse dieser beiden Autoren wird das für die österreichische Verfassung prägende Werk von Hans Kelsen sein. Der „Vater“ der Bundesverfassung hat in seinen theoretischen Überlegungen die Basis für die strukturellen Rahmenbedingungen der österreichischen Demokratie gelegt und Kraft seines beruflichen Einflusses diese Überlegungen auch in die Praxis umsetzen können.

Demokratie wird somit anhand dieser drei Autoren im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Gleichheit, Stellung der Verfassung, Gesetzesentstehung, Wahl- und Abstimmungsbedingungen, involvierten Akteuren, Rolle von Parteien, Gewaltenteilung, Stellung von Exekutive und Judikative sowie Vorstellungen von Gerechtigkeit diskutiert. Diese daraus abgeleiteten Indikatoren werden dann als Grundlage für den Vergleich der beiden Zeiträume verwendet.

Zentrale Bedeutung bei der empirischen Analyse kommt dabei, wie oben erwähnt, der Konstellation (Windhoff-Heritier 1987) der einflussfähigen Akteure (Regierung, Ministerien, Sozialpartner, Parteien, Interessensvertretungen, Lobbyisten, Think-Tanks, Unternehmerverbände, Pressure Groups etc.) zu, deren ideologischen Ausrichtungen (Pelinka 1981), und die damit verbundenen unterschiedlichen Ausprägungen der Politikgestaltung. Hierbei gilt es die konkret relevanten Akteure zu identifizieren und eine Veränderung in der Konstellation und Zusammensetzung sowie die Einflusspotentiale¹ der involvierten Gruppen innerhalb der beiden Zeiträume zu untersuchen. Dies ergibt ein Gesamtbild der politischen Entscheidungsprozesse welches die spezifischen Ausprägungen der beiden Zeiträume darlegt. Unter politische Entscheidungsprozesse werden sowohl der

¹ Unter Einflusspotentiale ist die Durchsetzungsfähigkeit von individuellen Änderungsvorschlägen seitens aller Interessensvertretungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens gemeint.

vorparlamentarische Raum (dabei vor allem das Begutachtungsverfahren und die Arbeit in den Ministerialbüros), als auch der parlamentarische Raum (die Arbeit in den Ausschüssen des Nationalrates, sowie die Rolle des Bundesrates) genau in Betracht gezogen. Vor allem im Bereich der politischen Parteien ist in den beiden Zeiträumen die prägende Rolle der SPÖ zu konstatieren, woraus sich auch kein verzerrtes Bild durch eventuelle Parteienwechsel an der Regierungsspitze ergeben kann. Auch die Rolle der Sozialpartnerschaft wird durch die Regierungsführung der SPÖ vergleichbar und kann zur Aufklärung der Forschungsfragen herangezogen werden.

Die konkreten Fragestellungen für das gesamte Forschungsvorhaben lauten daher:

- Welche Veränderungen sind in den beiden Zeiträumen auf institutioneller bzw. struktureller Ebene feststellbar?
 - o Welche gesetzliche Basis liegt dem Prozess der Entscheidungsfindung zu Grunde? Wie ist dieser zustande gekommen und wie hat sie sich verändert?
 - o Wie stellt sich die Konstellation und Zusammensetzung der Akteure dar? (Repräsentation aller Gesellschaftsschichten)
 - o Wie veränderte sich das strukturelle Gefüge (Anteil der vertretenden Akteure) zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung?
 - o Wie ist die personelle Verschränkung (Mehrfachmitgliedschaft) zwischen den einzelnen Akteuren? (Parteien, Verbände, Interessensvertretungen etc.)
- Welche Veränderungen sind in den beiden Zeiträumen auf inhaltlicher Ebene feststellbar?
 - o Haben die institutionellen und strukturellen Veränderungen der Prozesse Auswirkungen auf die inhaltlichen Ergebnisse (Gesetze) und sind diese einer politischen und gesellschaftlichen Zielvorstellung (freier Markt/Neoliberalismus vs. Staatsintervention/Keynesianismus) zuordenbar?
 - o Haben programmatische Änderungen (z.B. „Dritter Weg“ Giddens) innerhalb der Parteien und Akteure Auswirkungen auf den Prozess?

- Wie finden die entscheidenden Diskurse statt? Welche Rolle spielen die Medien dabei?
- Wie lassen sich die konstatierten Veränderungen theoretisch einordnen?
 - Lässt sich die These der „Postdemokratie“ (Crouch 2008), oder der „Entpolitisierung“ (Mouffe 2007) in Österreich anhand dieser Untersuchung verifizieren/falsifizieren?
 - Kann man aufgrund der Veränderungen Rückschlüsse auf eine Entkoppelung der Macht und eine „Expertokratie“ schließen, oder sind andere Erklärungsansätze treffender? – Elitentheorie (Hartmann 2008)

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1969): Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, Frankfurt/Main.
- Althusser, Louis (2011): Ideologie und ideologische Staatsapparate, 1. Halbband, Hamburg.
- Althusser, Louis (2011): Für Marx, Frankfurt/Main.
- Arendt, Hannah (2011): Über die Revolution, München/Zürich.
- Aristoteles (Hrsg von O. Gigon) (1971 (2)): Politik, München.
- Barthes, Roland (2010): Über mich selbst, Berlin.
- Bauman, Zygmunt (2007): Flaneure, Spieler und Touristen. Essays zu postmodernen Lebensformen, Hamburg.
- Bauman, Zygmunt (2005): Moderne und Ambivalenz, Hamburg.
- Beck, Ulrich (Hrsg.) (1998): Politik der Globalisierung, Frankfurt/Main.
- Becker, Gary (1976/1982): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen.
- Berggren, Henrik (2011): Olof Palme. Vor uns liegen wunderbare Tage, Berlin.
- Birnbaum, Norman (2003): Nach dem Fortschritt. Vorletzte Anmerkungen zum Sozialismus, Stuttgart/München.
- Bisky, Jens (2010): Die Grade unserer Unsicherheit, in: SZ, 10. August, S. 11.
- Bobbio, Norberto (1988): Die Zukunft der Demokratie, Berlin.
- Bohrer, Karl Heinz/Scheel, Kurt (Hrsg.) (2010): Sonderheft Merkur (736/737). ,Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen. Über Freiheit und Paternalismus, Berlin.
- Brand, Ulrich (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegenhegemoniale Strategien, Hamburg.
- Brandstetter, Thomas/Pias, Claus/Vehlken, Sebastian (Hrsg.) (2010): Think Tanks. Die Beratung der Gesellschaft, Zürich/Berlin.
- Breuer, Stefan (1995): Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt.
- Breuer, Stefan (1995): Die Gesellschaft des Verschwindens, Hamburg.
- Brodbeck, Karl-Heinz (2009): Die Herrschaft des Geldes. Geschichte und Systematik, Darmstadt.

- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt/Main.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne (Hrsg.) (2004): Glossar der Gegenwart, Frankfurt/Main.
- Brunkhorst, Hauke/Kettner, Matthias (Hrsg.) (2000): Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien, Frankfurt/Main.
- Buchanan, James M. (1975/1999): The Collected Works of James M. Buchanan, Bd. 7: The Limits of Liberty. Between Anarchy and Leviathan, Indianapolis.
- Bude, Heinz (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München.
- Bude, Heinz/Fischer, Joachim/Kauffmann, Bernd (Hrsg.) (2010): Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?, Paderborn.
- Burke, Edmund (1967): Betrachtungen über die Französische Revolution, Frankfurt/Main.
- Candeias, Mario (2009): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie, Hamburg.
- Canfora, Luciano (2006/2007): Eine kurze Geschichte der Demokratie, Köln.
- Cavell, Stanley (2010): Cities of Words: Ein moralisches Register in Philosophie, Film und Literatur, Zürich.
- Cavell, Stanley (2006): Der Anspruch der Vernunft. Frankfurt/Main.
- Cicero (Hrsg. von K. Büchner) (1979): Vom Gemeinwesen, Stuttgart.
- Cockett, Richard (1995): Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter- Revolution 1931 – 1983, London.
- Conze, Werner/Koselleck, Reinhard, u.a. (1984), Art. Demokratie, in: Brunner, O./Conze, Werner/Koselleck, Reinhard (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 1, Stuttgart.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt/Main 2008.
- Dahl, R. A. (1989). Democracy and its Critics, New Haven/London.
- Dahl, R. A. (1989): On Democracy, New Haven/London.
- Dahrendorf, Ralf (2002): Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito, München.

- D'Arcais, Flores (2004): Die Demokratie beim Wort nehmen. Der Souverän und der Dissident, Berlin.
- Deppe, Frank (2006): Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 1: Die Konfrontation der Systeme, Hamburg.
- Diamond, L. (2008): The Spirit of Democracy, New York.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hrsg.) (2009): Soziologie – Kapitalismus – Kritik, Frankfurt/Main.
- Dörre, Klaus/Castel, Robert (2009): Prekariat, Abstieg, Ausgrenzung: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/Main/New York.
- Ehrenberg, Alain (2008): Das erschöpfte Selbst, Frankfurt/Main.
- Ehrenberg, Alain (2011): Das Unbehagen in der Gesellschaft, Frankfurt/Main.
- Fach, Wolfgang (2003). Die Regierung der Freiheit, Frankfurt/Main.
- Finley, M. I. (1987): Antike und moderne Demokratie, Stuttgart.
- Fischer, Karin (2011): Eine Klasse für sich. Kapitalismus und Herrschaft in Chile 1830-2010, im Erscheinen, Baden-Baden..
- Flusser, Vilem (2008): Kommunikologie weiter denken, Bochumer Vorlesungen, Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (1999): In Verteidigung der Gesellschaft, Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (2004a): Geschichte der Gouvernementalität, 2 Bände, Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (2004b): Hermeneutik des Subjekts, Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (2009): Die Regierung des Selbst und der anderen, Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (2010): Der Mut zur Wahrheit, Frankfurt/Main.
- Friedman, Milton (1958): Capitalism and Freedom, Chicago.
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München.
- Gellner, Ernest (1995): Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen, Stuttgart.
- Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/Main/Wien.
- Habermas, Jürgen (2003): Zeitdiagnosen, Frankfurt/Main.
- Han, Byung-Chul (2010): Müdigkeitsgesellschaft, Berlin.

- Harms, Ingeborg (2010): Neoliberalismus und radikaler Individualismus, in: FAZ, 4. August, S. 4.
- Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich.
- Hayek, Friedrich August von (1944/1972): Der Weg zur Knechtschaft, Zürich.
- Hayek, Friedrich August von (1947): The Intellectuals and Socialism, in: Friedrich August von Hayek: The Collected Works on F.A. Hayek, Volume X: Socialism and War. Essays, Documents, Reviews. Hrsg. Von Bruce Caldwell, London 1997. S. 221ff.
- Hayek, Friedrich August von (1971): Die Verfassung der Freiheit, Tübingen
- Hayek, Friedrich August von (1969/1994): Freiburger Studien, Tübingen.
- Hayek, Friedrich August von (1982): Law, Legislation and Liberty. A new Statement of the liberal principles of justice and political economy, Vol. 1: Rules and Order, Vol. 2: The mirage of social justice; Vol. 3: The Political Order of a Free People, London.
- Hennecke, Hans Jörg (2000): Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit, Düsseldorf.
- Held, D. (1995): Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance, Cambridge.
- Hessel, Saphane (2011): Empört Euch!, Berlin.
- Hetting, Manfred/Ulrich, Bernd (Hrsg.) (2005): Bürgertum nach 1945, Hamburg.
- Hill, Christopher (1990): Über einige geistige Konsequenzen der englischen Revolution, Berlin.
- Hirschman, Albert O. (2010): Leidenschaften und Interessen. Politische Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg, Frankfurt/Main.
- Hobbes, Thomas (Hrsg von I. Fetscher) (2000): Leviathan, Frankfurt/Main.
- Hobsbawm, Eric (1994): Das Zeitalter der Extreme, München.
- Hobsbawm, Eric (1995): Das imperiale Zeitalter, Frankfurt/Main.
- Horn, Karen (2010): Die soziale Marktwirtschaft. Alles, was Sie über den Neoliberalismus wissen sollten. Alles, was Sie über den Neoliberalismus wissen müssen, Frankfurt/Main.
- Horn, Karen (2005): Die wirtschaftlichen Freigeister stellen sich auf die Hinterbeine, in: FAZ, 11. August, S. 11.

- Hume, David (1988): Politische und ökonomische Essays, Hamburg
- Jaraus, Konrad H. (hrsg.) (2008): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen
- Judt, Tony (2006): Die Geschichte Europas nach dem zweiten Weltkrieg, München
- Judt, Tony (2011): Dem Land geht es schlecht. Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit, München.
- Kant, Immanuel (1999): Was ist Aufklärung? Ausgewählte kleine Schriften, mit einem Text zur Einführung von Ernst Cassirer, Hamburg.
- Kelsen, Hans (1925): Allgemeine Staatslehre, Berlin.
- Kelsen, Hans (1979): Allgemeine Theorie der Normen, Wien.
- Kelsen, Hans (1960): Reine Rechtslehre, Wien.
- Kelsen, Hans (1929): Vom Wesen und Werden der Demokratie, Tübingen.
- Keynes, John Maynard (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money, London.
- Kracauer, Siegfried (1977): Aufruhr der Mittelschichten, in: Das Ornament der Masse, Frankfurt/Main, S. 81-105.
- Kühnl, Reinhard (1995): Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus, Faschismus, Reinbek bei Hamburg.
- Kulenkampff, Jens (2010): Zustimmung, nicht Macht, legitimiert Herrschaft, in: Bohrer, Karl Heinz/Scheel, Kurt (Hrsg.) (2010): Sonderheft Merkur (736/737). ,Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen. Über Freiheit und Paternalismus, Berlin, S. 768-775.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (2006): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien.
- Lippmann, Walter (1922): Public Opinion, New York.
- Lippmann, Walter (1945): Die Gesellschaft freier Menschen, Bern.
- Locke, John (2007): Zweite Abhandlung über die Regierung. Kommentar von Ludwig Siep, Frankfurt/Main.
- MacPherson, Crawford B. (1973): Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke, Frankfurt/Main.
- MacPherson, Crawford B. (1983): Nachruf auf die liberale Demokratie, Frankfurt/Main.

- Mandeville, Bernard de (1988): Die Bienenfabel oder private Laster als gesellschaftliche Vorteile, München/Leipzig/Weimar.
- Marcuse, Herbert (1964/2004): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, München.
- Markovits, Andrei S./Gorski, Philip S. (2000): Grün schlägt rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg.
- Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): Die beste aller Welten? Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat, Frankfurt/Main.
- Mazower, Mark: (2000/2002): Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin/Frankfurt/Main.
- Meier, Christian (1993): Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte, Berlin.
- Meyer, Thomas (2009): Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung, Wiesbaden.
- Michels, Robert (1970): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart.
- Miegel, Meinhard (2011): Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin.
- Mill, John Stuart (1972): Utilitarismus, Stuttgart.
- Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (Hrsg.) (2009): The Road from Mont-Pelerin. How to make neoliberal thinking kollektiv, New York.
- Mises, Ludwig von (1927): Liberalismus, Jena.
- Mises, Ludwig von (1922/1932): Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena.
- Mises, Ludwig von: (1940): Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens, Genf.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische; Frankfurt.
- Mouffe, Chantal (2008): Das politische Paradox; Wien.
- Müller, Tim B. (2010): Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg.
- Münch, Richard (2011): Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform, Frankfurt.
- Nordmann, Jürgen (2005): Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom roten Wien zum freien Markt. Hayek und Popper im Diskurs, Hamburg.

- Nordmann, Jürgen (2008): Das Prinzip des Nichtwissens im Jahrhundert der Wissenschaft. Zum Verhältnis von Neoliberalismus und liberaler Wissenschaftstheorie, in: Butterwegge, Christoph, Lösch, Bettina, Ptack, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden, S. 111 – 131.
- Nordmann, Jürgen (2009): Keine Alternative. Neoliberale Positionen in den printmedien nach dem Finanzcrash, in: Ötsch, Walter Otto/ Thomasberger, Claus: Der neoliberale Markt-Diskurs. Ursprünge, Geschichte, Wirkungen, Marburg, S. 257 – 276.
- Nordmann, Jürgen (2010): Was ist eine Krise?, in: Ötsch, Walter Otto/ Hirte, Katrin/ Nordmann, Jürgen (Hrsg.): Krise! Welche Krise? Zur Problematik aktueller Krisendebatten, Marburg, S. 9 – 20.
- Nordmann, Jürgen (2011): Braucht die aktuelle Gesellschaft einen Gesellschaftsvertrag? Der politische Neoliberalismus im Spiegel von John Locke und John Rawls, in: Ötsch, Walter Otto, Hirte, Katrin, Nordmann, Jürgen (Hrsg.): Gesellschaft! Welche Gesellschaft? Nachdenken über eine sich wandelnde Gesellschaft, Marburg, S. 33 – 60.
- Oakshott, Michael (1996/2000): Zuversicht und Skepsis. Zwei Prinzipien neuzeitlicher Politik, Berlin.
- Ötsch, Walter Otto (2009): Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie, Marburg.
- Ortega Y Gasset, José (1997): Der Aufstand der Massen, Frankfurt/Main.
- Pelinka, Anton (1981): Ideologien im Bezugfeld von Geschichte und Gesellschaft, Innsbruck.
- Perger, Werner A./Assheuer, Thomas (Hrsg.): Was wird aus der Demokratie?, Opladen.
- Pickett, Kate/Wilkinson, Richard (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Frankfurt/Main.
- Piper, Nikolaus (2011): Gesetze der Angst, in: SZ, 6. August, S. 4.
- Plehwe, Dieter (2010): Die Mont-Pelerin-Society und neoliberale Think-Tanks in der Krise, in: Ötsch, Walter Otto/Hirte, Katrin/Nordmann, Jürgen (Hrsg.): Krise! Welche Krise? Zur Problematik aktueller Krisendebatten, Marburg.
- Plehwe, Dieter (2011): Paying the Piper – Think Tanks and Lobbying, in: Jubiläumsheft AK-Wien

- Popper, Karl (1944/1987): Das Elend des Historizismus, Tübingen.
- Popper, Karl (1945/1992 (7)): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bände, Tübingen.
- Ptack, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen.
- Raiethel, Gert (1995): Geschichte der Nordamerikanischen Kultur, Frankfurt/Main.
- Ranciere, Jacques (2011): Der Hass der Demokratie, Berlin.
- Rawls, John (1975/1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/Main.
- Rawls, John (1994): Die Idee des politischen Liberalismus, Aufsätze 1978-1989, Hrsg. Von Wilfried Hinsch, Frankfurt/Main.
- Resch, Christine (2005): Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft? Zur Kritik der neoliberalen Produktionsweise, Münster.
- Robin, Ron: Wie das Denken in die Fabrik kam. Kampf um den Korridor im Kalten Krieg, in: Zeitschrift für Ideengeschichte 3/2009, S. 17 – 32.
- Röpke, Wilhelm (1942): Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Zürich.
- Rousseau, Jean-Jacques (1996): Vom Gesellschaftsvertrag oder die Grundlagen des politischen Rechts, Frankfurt/Main.
- Rüstow, Alexander (1958): Nicht Versorgungsstaat, sondern Vitalpolitik, in: Vorträge anlässlich der internationalen Frühjahrstagung des Wirtschaftsringes e. V., Bonn/Aachen.
- Rüstow, Alexander (2001): Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus. Das neoliberale Projekt, Marburg.
- Schivelbusch, Wolfgang (2005/2008): Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939, Frankfurt/Main.
- Schröder, Hans-Christoph (1986): Die Revolutionen Englands im 17. Jahrhundert, Frankfurt/Main.
- Schmitt, Carl (1979): Der Begriff des Politischen, Berlin.
- Schmitt, Carl (1934): Politische Theologie, München/Leipzig.
- Schuler, Thomas (2010a): Bertelsmann Republik Deutschland, Frankfurt/Main/New York.
- Schuler, Thomas (2010b): Die Bertelsmann-Methode, in: TAZ, 9. August, S. 13.

- Schumpeter, Joseph A. (1908): Das Wesen und der Hauptinhalt der Nationalökonomie, Leipzig.
- Schumpeter, Joseph A. (1942/1993 (7): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen.
- Schumpeter, Joseph A. (1987): Beiträge zur Sozialökonomik, Wien/Köln/Graz.
- Seibt, Gustav (2002): Die Betrogenen, in: SZ, 21. Oktober, S. 4.
- Sennett, Richard (2006): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.
- Skidelsky, Robert (2010): Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert, München.
- Skinner, Quentin (2008): Freiheit und Pflicht. Thomas Hobbes' politische Theorie. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2005, Frankfurt/Main.
- Steinfeld, Thomas (2011): Wer gibt uns einen Feind mit Gesicht?, in: SZ, 27. August, S. 13.
- Stiegler, Bernard (2008): Die Logik der Sorge. Verlust der Aufklärung durch Technik und Medien, Frankfurt/Main.
- Taylor, Charles (2001): Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie, Frankfurt/Main 2001.
- Thatcher, Margaret (1987): Interview for ‚Womens Own‘ am 23. September 1987, Transcript, Thatcher-Archives, London.
- Thatcher, Margaret (1993): Downing-Street No 10. Die Erinnerungen, Düsseldorf.
- Tocqueville, Alexis de (1985): Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart.
- Townsend, Joseph (2011): Über die Armengesetze. Streitschrift eines Menschenfreundes, Berlin.
- Unsichtbares Komitee (2010): Der kommende Aufstand, Hamburg.
- Vorländer, Hans (2010 (2)): Demokratie. Geschichte – Formen – Theorien, München.
- Walpen, Bernhard (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemoniethoretische Studie zur Mont-Pelerin-Society, Hamburg.
- Walter, Franz (2002): Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin.
- Walter, Franz (2010): Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Frankfurt/Main.
- Weber, Max (1988 (9)): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen.

Windhoff-Heritier, Adrienne (1987): Policy-Analyse, Frankfurt.